

Begründung:

Auf den der Vorlage als Anlage beigefügten gemeinsamen Antrag der CDU-Fraktion, der F.D.P.-Fraktion sowie der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.10.2001 wird verwiesen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Verwaltung prüft zur Zeit, ob die Entsendung beratender Mitglieder in Organe städtischer Gesellschaften mit den kommunalverfassungsrechtlichen Bestimmungen und dem Gesellschaftsrecht vereinbar ist.

Es wird empfohlen, den Antrag an den Fachausschuss (Ausschuss für Finanzen und innere Organisation) zu verweisen.